



Der große Schlag ins Bankenkonto

Von pony_huetchen und Franz-Josef Hanke
Aus dem Weblog www.politblog.net

Die internationalen Geldmärkte sind in Aufregung. Zuerst die US-Hypothekenkrise, dann werden auch in Deutschland die ersten Investment-Fonds zeitweise geschlossen, Hedge Fonds sind angeschlagen. Dem Fast-Bankrott einer deutschen Mittelstandsbank folgt die Meldung, die EZB habe den Banken zur Liquiditätssicherung am Donnerstag (9. August) knapp 95 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Einen Tag später dann legte die EZB gleich noch einmal nach: Sie pumpte am Freitag weitere 61,05 Mrd. „für das Wochenende“ in den Euro-Geldmarkt.

Die Rekorde der US-Amerikanischen Federal Reserve Bank (FED) in wöchentlicher „Liquiditätszuteilung“ sehen ähnlich besorgniserregend aus. Letzte Woche waren es noch 50 Mrd. US-Dollar, diese Woche sind es bereits 69 Mrd. Allein für das Wochenende stellte die FED nach offiziellen Angaben den Geschäftsbanken 19 Mrd. USD bereit.

Noch am Mittwoch (8. August) nutzte die FED die positiven Geschäftsberichte des Netzwerkausrüsters Cisco, die offensichtlich die US-Börse beflügelt hatten, um mit positiven Konjunkturmeldungen die Krise kleinzureden. Zum gleichen Zeitpunkt platzte wie eine Bombe im britischen Telegraph den Beschwichtigungsversuchen die Meldung entgegen: Zwei hochrangige chinesische Finanzexperten hätten erstmals öffentlich gedroht, China könnte seine Dollarreserven in Höhe von 1,33 Billionen USD als politische Waffe einsetzen.

Eine Schieflage folgt der nächsten. Die Meldungen häufen sich, trotzdem versucht man in der Öffentlichkeit den Ball

flach zu halten. Erinnerungen an die Zeiten der Weltwirtschaftskrise werden wach und Vergleiche zum Börsenkrach des „Schwarzen Freitag“ von 1929 öffentlich zum Thema.

Eine kurze Chronologie

Begonnen hatte die jüngste Krise am 3. August. Was Analysten schon länger prophezeiten, schlug für einige trotzdem wie ein plötzliches Gewitter ein: Die amerikanische Hypothekenkredit-Firma American Home Mortgage Investment (AHM) war bankrott, 7000 entlassene Mitarbeiter, praktisch wertlose Aktien und Liquiditätsausfälle sind das vorläufige Resultat. Kurz darauf sackten auch die Aktien der ebenfalls unter schwerem Druck stehenden Hypothekenkredit-Firma Accredited Home Lenders Holding um 35,3% auf 5,31 Dollar ab.

Als unmittelbare Antwort setzte Union Investment am gleichen Tag in Deutschland den ABSInvest-Fond aus. Axa schließt gleich zwei deutsche Fonds, ausgerechnet die als sicher geltenden Geldmarkt-Fonds. In Frankreich dasselbe, drei Produkte der Investmentgesellschaft Oddo Securities und Fonds aus dem Hause Axa Investment Managers werden vorläufig geschlossen. Ebenso werden in Australien Fonds geschlossen. Bei zwei ihrer Fonds warnt die australische Bank Macquarie Investoren vor Verlusten von bis zu 25%.

Milliarden-Spekulationen auf Staatskosten

Ebenfalls am 3. August werden weitere Details zur Beinahe-Pleite der Düsseldorfer Mittelstands-Bank IKB bekannt. Im Aufsichtsrat und Beraterkreis dieses Instituts tummeln sich immerhin Experten der deutschen Wirtschaft wie Randolph Rodenstock, Roland Oetker, Dieter Ammer (Tschibo), Andreas Langenscheidt, Matthias Graf von Krokow (Bankhaus Sal. Oppenheim), Martin Viessmann, Michael Rogowski (Voith AG), Martin Kannegiesser, Jürgen R. Thumann (BDI-Präsident) und Ulrich Hartmann (E.ON AG). Damit rekrutieren sich diese Gremien aus typischen Vertretern der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Jochen Sanio, Chef der staatlichen Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin, entwirft ein düsteres Szenario: Wenn die IKB nicht gerettet würde, dann

drohe die größte Finanzkrise Deutschlands seit dem Jahr 1931. Solch deutliche Worte hatte man bei früheren Bankenskandalen nicht gehört.

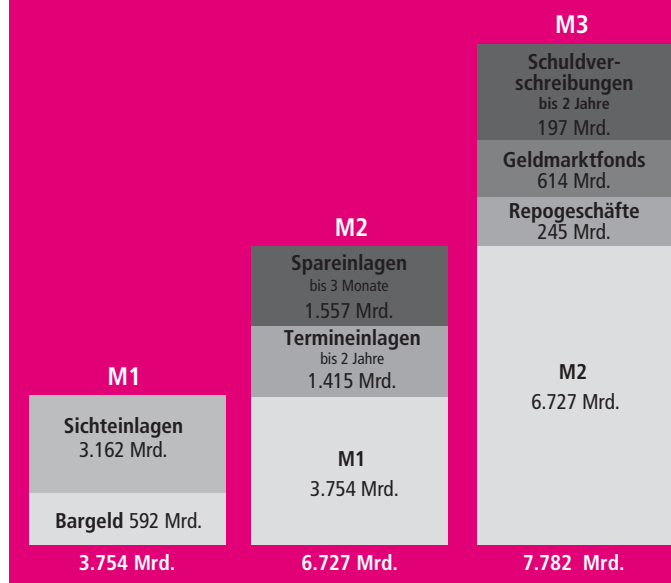
Die IKB war mit dem von ihr selbst verwalteten Fonds „Rhineland Funding“ über riskante Spekulationen auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt gestolpert. Unter dem Deckel hielten die Presseschlagzeilen, dass die IKB Bank zu 38% der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gehört. Der Staat ist also indirekt über die KfW an diesen Transaktionen beteiligt. Hat z.B. Jörg Asmussen im Aufsichtsrat der IKB seinem obersten Dienstherrn Peer Steinbrück von den Spekulationen berichtet, oder hat er sie selbst abgenickt? Immerhin ist Asmussen als Ministerialdirektor Chef der Abteilung „Nationale und Internationale Finanz- und Währungspolitik“ im Bundesfinanzministerium. Dank Ämterpatronage ist der Tausendsassa aber gleichzeitig auch noch stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der BaFin, also jener „unabhängigen“ Aufsichtsbehörde, die Banken in Deutschland beobachtet und prüft.

Auch von Steinbrück als Vorsitzendem des FkV-Verwaltungsrats sowie der weiteren illustren Runde im höchsten Gremium der FkV-Bankengruppe – Bundesministern, Ministerpräsidenten und Gewerkschaftsführern – sollte man erwarten, riskante Spekulationen mit Staatsgeldern auf dem US-Markt zu unterbinden. Die „Rettung“ der IKB erfolgt nun auf Staatskosten. 8,1 Mrd. Euro wird die KfW als Kreditlinie garantieren. Hinzu kommt ein Hilfspaket in Höhe von 3,5 Mrd. Euro, das die KfW zusammen mit privaten Banken und Sparkassen zur Verfügung stellt. Der IKB Vorstand hatte die Bank regelrecht verwettet. Trotz eines eigentlichen Kernkapitals der Bank von nur 1,4 Mrd. Euro haben die Chefs mit weit höheren Summen auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt spekuliert.

Die anfänglichen Schätzungen gingen von 3,5 Mrd. Euro Verlust aus. Aktuelle Meldungen besagen sogar, dass die IKB noch tiefer im Sumpf steckt. Offensichtlich sollen » » »

Die Geldmenge im Eurogebiet im Dezember 2006 in Euro:

Quelle: Deutsche Bundesbank



insgesamt 6,5 Mrd. Euro über die nun „uneinbringlichen Investments“ gelaufen sein. Auch die Postbank hat sich gewaltig verspekuliert. 600 Mio. Euro setzte sie auf „Rhine-land Funding“ und will nun den Verlust aus eigenen Mitteln ausgleichen.

Riskante Börsenspekulationen gehören mittlerweile offensichtlich zur Finanzpolitik des Staates. Verantwortlich für die IKB-Verluste machte man lediglich das Team um den gekündigten Ex-Vorstandschef Stefan Ortseifen. Als die staatliche Rettungsaktion in den Medien verkündet wurde, hoffte die Task-Force-Truppe um Roland Koch und Josef Ackermann tatsächlich noch auf öffentliche Anerkennung dieser Leistung.

EZB, Geschäftsbanken und die seltsame Erschaffung von „Geld“

Liquiditätsengpässe und -schwankungen der Geschäftsbanken werden von der EZB mit sogenannten „Schnellendern“ ausgeglichen. Dabei ging es in der vergangenen Woche um die eilige Zuteilung von 150 Mrd. Euro. Kritische Analysten sehen darin ein Warnsignal, dass der Geldmarkt in deutliche Turbulenzen geraten ist. Man mag sich fragen, woher diese Summen kommen. Wer sitzt da im Hintergrund, der die ständige Liquidität gewährleisten kann? Eine irrige Annahme wäre es zu glauben, dass etwa eine feste Summe X Bar- und Buchgeld in Umlauf sei. Die EZB „kreiert“ sogenanntes Giralgeld nach geldpolitisch-wirtschaftlichen Erfordernissen neu. Die Summen werden je nach Abfrage, Angebot, Bedarf und Bonität den Geschäftsbanken zugeteilt. Das Ganze geht per e-Mail (Anfrage) und PIN. Als Sicherheit für die gewährten EZB-Kredite hinterlegen die Geschäftsbanken Wertpapiere. Die Höhe der zu hinterlegenden Sicherheit beträgt in der Regel 2% der Kreditsumme.

Ein kurzer Exkurs in die Geldmengen – dem unsichtbaren Geld auf der Spur

Geld als „gesetzliches Zahlungsmittel“, also Bargeld, macht nur den geringsten Teil der Kapitalmärkte aus. Um die verschiedenen Arten des „Geldes“ zu erfassen, wurde eine Unterteilung der Geldmengen M (= money) vorgenommen. So beinhaltet die Geldmenge M1 für den Euroraum neben dem real kursierenden „Bargeld“ in Höhe von 592 Mrd. Euro (sämtliche Zahlen Stand Dezember 2006) auch die sogenannten „Sichteinlagen“. Das sind Einlagen auf Girokonten, die täglich abgerufen werden können – als Überweisung oder durch Barentnahme. Diese Sichtguthaben sind mit 3.162 Mrd. Euro etwa 6 mal so hoch wie das kursierende Bargeld.

Die gesamte Geldmenge M1 hat Ende 2006 3.754 Mrd. Euro betragen. Die Geldmenge M2 wird aus der Summe der Geldmenge M1 plus Termineinlagen und Spareinlagen gebildet. Geld also, das in einer Frist bis zu maximal 24 Monaten fällig werden könnte.

Interessant für den Geldmarkt und die Entwicklung der Wirtschaft ist jedoch die Geldmenge M3. Sie beinhaltet über M2 hinaus weitere Instrumente der kurzfristigen Geldanlage. Schuldverschreibungen, Geldmarktfonds und Repogeschäfte fließen in die Geldmenge M3 ein.

Das Verhältnis des virtuellen „Giralgeldes“ zum tatsächlich in Umlauf befindlichen „gesetzlichen Zahlungsmittel Euro“ beträgt demnach 13:1. Schon Kinder lernen, dass Geld nicht auf Bäumen wächst. Woher aber kommt es? Neues Geld entsteht ausschließlich durch „Kreditvergabe“ der Zentralbanken – also Tender zur Vermehrung der Geldmenge M3 (Liquiditätsgarantie der Geschäftsbanken).

Die Entwicklung der Geldmenge M3 seit Einführung des Euro 2002 führt einen interessanten Aspekt „neoliberaler Politik“ in erschreckender Weise vor Augen: So hat sich die Geldmenge M3 seit Einführung des Euro allein in Deutschland um 400 Mrd. Euro erhöht (Stand Juni 2007). Das ist eine Erhöhung um 30% innerhalb von 5 Jahren. Diese wundersame Geldvermehrung durch Kredite ist ein Schwindel auf Kosten all derer, die nichts vom großen Kuchen abbekommen.

Die Augenwischerei geht noch weiter

Die Euro-Geldmenge M3 spiegelt dabei noch nicht einmal das tatsächliche Ausmaß kursierender „Giralgelder“ wider, die für den Europäischen Währungsraum existieren. Nicht berücksichtigt werden bei ihrer Berechnung sämtliche Guthaben

oder Verbindlichkeiten der Banken untereinander sowie die Schulden von Regierungen. Hinzu kommen außerdem ausländische Verbindlichkeiten bei europäischen Kreditinstituten. Die amerikanische Federal Reserve Bank (FED) hat übrigens im März 2006 bekannt gegeben, sie werde keine Zahlen der Geldmenge M3 mehr veröffentlichen. Die Kosten der Datenerhebung seien zu hoch und das Ergebnis liefere keine signifikant nützlichen Aussagen. So die offizielle Begründung.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Wer als Unternehmer Darlehen aufnimmt und hinterher mit Zins und Zinseszins zurückzahlen muss, ist gezwungen die Erträge des geliehenen Kapitals zu steigern. Neben den Zinsen müssen sie die Tilgung, die allgemein anfallenden Kosten und den persönlichen Unternehmerlohn amortisieren. Immer höhere Erträge werden so im Laufe der Zeit erforderlich, die meistens nur durch „Einsparungen“ erzielt werden können. Personalabbau, sogenannte „Synergie-Effekte“ nach Fusionen, Outsourcing und andere Formen von Lohn-Dumping gelten als „Steuerungselemente“ dieser Wirtschaftsweise. Selbst in der Privatisierung staatlicher Aufgaben wird nach Möglichkeiten der Profitmaximierung gesucht. Die „neoliberale“ Wirtschaftsform hat Menschen und Märkte in den letzten Jahren immer fester in ihren diktatorischen Würgegriff genommen. Fonds-Manager versuchen auf Teufel-Komm-Raus, die Erträge ihrer Investitionen ins schier Unermessliche zu steigern. Dabei verschieben sie gigantische Summen in der Spekulation auf immer höhere Profite. Das Ziel neoliberaler Wirtschaft ist nicht die erfolgreiche Güterproduktion, der Aufbau und die Konsolidierung eines Unternehmens, sondern ausschließlich der Wunsch, aus Geld noch mehr Geld zu machen!

Dass es auch anders geht, bewies das deutsche Erfolgskonzept des sogenannten „Rheinischen Kapitalismus“. Kreditaufnahmen wurden vermieden, man legte Wert auf Rücklagen, mit denen das Unternehmen notwendige Investitionen ohne größere Verschuldung selbst aus eigener Kraft finanzieren konnte. Dieses System musste dem amerikanischen „Share-Holder-Value“-Prinzip weichen, das weltweit der vorherrschenden Praxis ausufernder Geldvermehrung dient. Sämtliche politischen Kontrollinstrumente zur Begrenzung der wirtschaftlichen Macht werden seit den 90er Jahren der neoliberalen Ideologie eines „schlanken Staats“ bereitwillig geopfert. Heute verfügt die Politik kaum noch über Möglichkeiten, der derzeitigen Krise entgegenzusteuern, sofern sie es denn überhaupt wollte.

Ist eine Weltwirtschaftskrise abzuwenden?

Mitschuld an der gefährlichen Vermehrung des „virtuellen Geldes“ sind auch die immensen Rüstungsausgaben der US-Regierung unter George W. Bush. Bereits unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan waren die USA Mitte der 1980er Jahre zum Netto-Schuldner geworden. Jeder private Häuslebauer hätte in dieser Situation Konkurs anmelden müssen. Die US-Regierung hingegen galt dennoch weiterhin als kreditwürdig. Nachdem es Bill Clinton gelungen war, die finanzielle Klemme der USA erheblich abzumildern, hat der Irak-Krieg das Land nun endgültig in den Schulden-Sumpf hineingerissen. Nur die Funktion des US-Dollars als Welt-Leitwährung und die militärische Macht Bushs verhindern den finanziellen Ruin der USA.

Genauso fatal, nur entgegengesetzt verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland: Als langjähriger Export-Weltmeister haben deutsche Unternehmen inzwischen so viele Außenstände überall in der Welt angehäuft, dass diese fremden Schulden wohl niemand mehr je wird eintreiben können. Abgedeckt sind sie zum großen Teil durch Hermes-Bürgschaften genau jener KfW, die bereits kräftig für die Misswirtschaft ihrer 38-prozentigen Tochter IKB blechen muss.

Retten kann sich das marode System vermutlich nur durch einen immer rigideren Sparkurs gegenüber den Armen der jeweiligen Länder, nachdem bisheriger Wohlstand auch durch die Ausplünderung der sogenannten „Dritten Welt“ finanziert worden war. Aber auch diese „Verschlankung der Sozialsysteme“ wird nur eine vorübergehende Prolongierung des Problems bewirken können.

Auf Dauer steht deswegen zu befürchten, dass die Regierenden ihr Heil im Krieg suchen werden. Wahrscheinlich ist bereits der Krieg in Afghanistan wie auch der Angriff auf den Irak ein US-amerikanischer Versuch, Öl- und Energiequellen künftig kostenlos ausplündern zu können. Amerika schliddert immer tiefer in die Krise, Halliburton und andere Konzerne sind durch ihre immensen Profite wie immer Kriegsgewinner.

Die Geschichte lehrt, dass die Herrschenden stets im Krieg einen Ausweg aus den großen Wirtschaftskrisen suchten. Irgendwann wird zwangsläufig auch die aktuelle Spekulations-Blase platzen. In der weltwirtschaftlichen Gemengelage scheinen sich die Weichen für eine Neuordnung zu stellen. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass das nicht mehr lange dauern wird. ■